

## AKTUELL

Die Rechte von LGBTIQ+ Menschen werden in der Europäischen Union zwar verteidigt, aber außerhalb stehen sie auf wackeligen Beinen.



© RODNAE PRODUCTIONS/PEXELS

LGBTIQ+

## Von der Freude zur Sorge

Isabel Spigarelli

**Der Europäische Gerichtshof stärkt lesbische Eltern, während Länder in Europa ungeschriebene Gesetze gegen LGBTIQ+ Menschen ausführen. Beides wurde diese Woche bekannt.**

Ein britisch-bulgarisches Frauenpaar bekam in Spanien ein Kind. Spanien stellte eine Geburtsurkunde aus, nach der beide Frauen rechtlich als Mütter gelten. Später beantragte das Paar in Bulgarien Reisedokumente, was die dortigen Behörden mit Hinweis auf die fehlende nationale Geburtsurkunde verweigerten. Das Paar zog vor Gericht, der Fall landete am Europäischen Gerichtshof - und der verteidigte am Dienstag ihre Rechte: Der EU-Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit ein Kind besitzt, ist dazu verpflichtet, ihm einen Personalausweis oder einen Reisepass auszustellen, auch ohne eine nationale Geburtsurkunde. Hat ein Kind eine ausländische Geburtsurkunde, muss der Mitgliedstaat das Dokument anerkennen, um das Recht des Kindes, sich mit beiden Elternteilen frei in der Europäischen Union zu bewegen und aufzuhalten, zu gewährleisten.

### Bestrafung über Umwege

Bulgarien sieht darin einen Widerspruch zur nationalen Gesetzgebung, nach der auf Geburtsurkunden nur Mutter und Vater vermerkt sein dürfen. Der EuGH sieht das anders: Bulgarien sei zur Ausstellung der Ausweisdokumente nicht verpflichtet, eine nationale Geburtsurkunde mit zwei Müttern auszustellen. In der LGBTI-Gleichstellungsstrategie, die die Europäische Kommission letztes Jahr verabschiedet hat, ist die grenzüberschreitende Anerkennung queerer Familien vorgesehen.

Einen Tag nach dem Urteil des EuGH dann ernüchternde Neuigkeiten: Der Bericht „Our Identities under Arrest“ von der International Lesbi-

an, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (Ilga World), der am Mittwoch veröffentlicht wurde, berichtet unter anderem von ungeschriebenen Gesetzen gegen LGBTIQ+ Menschen in Europa. Der Fokus des Berichts liegt auf der Anwendung von Gesetzen, die einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Sex unter Volljährigen und diverse Geschlechtsidentitäten kriminalisieren.

Zwar richtet sich in europäischen Ländern kein Gesetz explizit gegen die besagten Handlungen und Identitäten, doch werden sie in manchen Ländern durch die Hintertür bestraft. Die Anti-LGBTIQ+ Gesetze der EU-Mitgliedsstaaten Polen und Ungarn bleiben im Bericht außen vor, weil sie laut den Autor\*innen in einen anderen Bereich fallen. Sie erwähnen jedoch Aserbaidschan, Georgien, die Türkei und Tschetschenien.

In Aserbaidschan, wo Prostitution verboten ist, sollen überdurchschnittlich viele trans Sexarbeiter\*innen von der Polizei in eine Falle gelockt und verhaftet werden. In ihrer Obhut erfahren sie Gewalt und Zwangsuntersuchungen. Außerdem soll es mehrfach und unter schleierhaften Vorwänden zu Razzien in schwulen, bisexuellen und trans Kreisen gekommen sein. In Georgien sollen regelmäßig trans Personen, die Gewalttaten gegen sie bei der Polizei melden, am Ende selbst für die Tat bestraft werden.

In der Türkei ist die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von LGBTIQ+ Menschen in den letzten Jahren stark und mit Gewalt eingeschränkt worden. Auch kam es dort 2021 mindestens zweimal zur willkürlichen Kontrolle von trans Frauen, deren Gesundheitszustand auf einem Polizeirevier geprüft wurde. In Tschetschenien ist die Lage laut Ilga World noch dramatischer: Nicht nur verleugnet Ramsan Kadyrow, offizieller Anführer der Region, die Existenz von LGBTIQ+ Menschen, es ist auch die Rede von Umerziehungslagern und Ehrenmorden.

## SHORT NEWS

### Le Covid-Check au travail à marche forcée

(rg) - Les député-es ne sont pas à envier : pour certain-es d'entre elles et eux, la journée du jeudi 16 décembre débutait par une réunion de la commission de la Santé à 7h30, en visio, pour adopter le rapport sur le projet de loi 7924 qui établit, entre autres, le « 3 G » sur le lieu de travail (woxx 1662), obligeant les salarié-es non vacciné-es à présenter des tests payés au prix fort avant d'accéder à leur lieu de travail. Ces dispositions, avisées par le Conseil d'État tout juste 36 heures avant, ont été mises au vote de la Chambre à 14h. Comme le débat du budget était programmé à partir de 8h, les parlementaires avaient donc juste la pause de midi pour prendre connaissance du rapport. Le projet de loi s'avère sur certains points un monstre légistique, confondant les définitions de concepts comme le Covid-Check avec leur mise en application et créant des insécurités juridiques en raison de nombreuses imprécisions - ne serait-ce que la définition du lieu de travail, pour celles et ceux, par exemple, commencent leur journée à l'extérieur. Comme l'obligation de se faire tester va engendrer des coûts qui vont faire mal chez les non-vacciné-es (ce que veut l'État) mais surtout chez les moins bien loti-es (un effet collatéral contre lequel les syndicats avaient en vain réclamé des compensations), le monde du travail attend avec une certaine anxiété le 15 janvier, lorsqu'un nombre encore inconnu de personnes devront faire une première fois la queue devant les pharmacies et laboratoires avant de se rendre au travail, alors que d'autres - indispensables ou non - entameront, s'ils et elles peuvent se le permettre, des jours de congé non payés, mais qu'aucun patron ne pourra leur refuser.

### Hoher Treibhausgasausstoß der Agrarindustrie

(ja) - Die Landwirtschaft sorgt für Treibhausgase und ist somit für die Klimakrise mitverantwortlich. Eine neue Studie des US-amerikanischen Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) hat untersucht, wie der Treibhausgasausstoß von „Big Meat and Milk“, also der 20 größten Fleisch- und Milchkonzerne Europas aussieht. Das Ergebnis: Gemeinsam stoßen die Firmen mehr Treibhausgase als die Niederlande aus. Mit beinahe 244 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent liegen die Fleisch- und Milchkonzerne mit Hauptsitz in der EU oder der Schweiz etwa gleichauf mit dem Energiekonzern Eni. Nur die Hälfte der Firmen hat Pläne, um ihre Emissionen zu reduzieren. Dabei sind die Emissionen vieler Firmen in den letzten Jahren gestiegen, beim französischen Milchkonzern Lactalis und beim deutschen Fleischkonzern Tönnies um jeweils 30 Prozent in zwei Jahren. Die Reduktionspläne werden in der Studie als mangelhaft bezeichnet: Oft wird sich darauf konzentriert, den Ausstoß pro Kilogramm Fleisch oder Liter Milch zu reduzieren, diese Fortschritte werden von der ständigen Expansion jedoch wieder wettgemacht. Das IATP fordert daher die EU auf, den großen Agrarkonzernen Emissionsreduktionen vorzuschreiben.

### Von der Erkenntnistheorie bis zum Aktivismus

(tj) - Wie kommt das zustande, was wir als „Erkenntnis“ und „Wissen“ bezeichnen? Diese Frage stellten sich schon die Philosophen Sokrates, Platon und Aristoteles. Auch heutzutage ist sie noch in zahlreichen Fachrichtungen von Relevanz, von der Artificial-Intelligence-Forschung bis hin zur Soziologie. Wenig überraschend fragen auch die Gender Studies nach dem Einfluss dominanter Herrschaftsstrukturen auf die Herstellung von Wissen. Im Rahmen des Aktionstags zur Genderforschung widmet das Laboratoire d'Études Queer, sur le Genre et les Féminismes (LEQGF) dieser Thematik am Samstag eine Konferenz. Auf dem Programm stehen ein Überblick über Grundfragen der Erkenntnistheorie sowie über die kritische Auseinandersetzung mit Wissenschaft durch Feministinnen wie Donna Haraway und Sandra Hardings. Abschließend wird der Frage nachgegangen, wie diese Ansätze sowohl in der Forschung als auch bei feministischem Aktivismus in die Praxis umgesetzt werden können. Das LEQGF wurde im August gegründet. Hinter der Organisation stecken die Philologin Sandy Arturoso - auch bekannt durch ihr Engagement beim Theaterkollektiv Independent Little Lies, die Soziologin und queer-feministische Aktivistin Enrica Pianaro sowie die Philosophin Joséé Thill. Die Veranstaltung findet am 18. Dezember von 15 bis 17 Uhr in den Räumlichkeiten des Cid Fraen an Gender in Luxemburg-Stadt statt. Weitere Informationen unter [www.leggf.lu](http://www.leggf.lu).